



## Protokoll

### 11. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Arbeit und Soziales

---

Sitzungstermin:	Montag, 24.09.2018
Raum, Ort:	Musikraum des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:21 Uhr

---

#### Anwesende:

##### Vorsitz

Frau Miriam Riedel-Kielhorn ab TOP 5

##### Mitglieder

Herr Carsten Rauls stellv. Vorsitz bis TOP 5

Herr Björn Busse

Herr Christoph Hauschke

Frau Doris Meyermann

Frau Rebecca Mittal

Frau Nadine Muthmann

Herr Matthias Möhle

Frau Simone Pifan

Herr Jürgen Rubin

Frau Christine Spittel

##### Grundmandat

Herr Waldemar Hänsel Vertretung für: Herrn Malte Cavalli

Herr Dieter Samieske

##### Bürgervertretung

Herr Günter Mertins

Frau Eva Schlaugat

##### Sonstige Mitglieder

Herr Matthias Böning

Herr Winfried Selke

##### Protokollführung

Frank König

### **Verwaltung**

Frau Dr. Doris Arnold

Herr Dr. Detlef Buhmann

Herr Ulrich Heinisch

Herr Fabian Laaß

Herr Joachim Schröter

Herr Dirk Sommer

Herr Carsten Stuhr

Frau Silke Tödter

bis 19.20 Uhr

### **Gäste**

Frau Dr. Bettina Kiessling-Klamka

Frau Dr. Sabine Meltzow

Frau Dr. Agnieszka Opiela

### **Entschuldigte:**

#### **Grundmandat**

Herr Malte Cavalli

Verhinderung

#### **Bürgervertretung**

Herr Hubertus Hahn

Verhinderung

Herr Jörg Köther

Verhinderung

Herr Benedikt Schurm

Verhinderung

Herr Wilfried Wesemann

Verhinderung

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.06.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Projekt für Aussteigerinnen aus der Prostitution beim Landkreis Peine
- 6 Aufgabenfelder der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Peine (KAG) - Präsentation der Wohlfahrtsverbände
- 7 Kindergesundheitsbericht 2017  
- Schuleingangsuntersuchungen  
- Entwicklungsdiagnostik im Kindergarten  
- Arbeitskreis Jugendzahnpflege
- 8 Produktbericht Stand 30. Juni 2018 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Fachbereichsleitung 3
- 9 Produktbericht Stand 30.06.2018 für das Budget "Gleichstellungsbeauftragte" (Referat 3)
- 10 Sachstandsbericht zur Personalsituation in der Pflegeberatung des Senioren- und Pflegestützpunktes (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion)
- 11 Angebot von Kursen für junge Eltern (Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland AfD)
- 12 Blutspenden im Landkreis Peine - Einrichtung eines Blutspendetaiges für die Mitarbeitenden des Landkreises Peine und die gewählten Kommunalpolitiker/innen (Anfrage und Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland AfD)
- 13 Informationen der Verwaltung
- 14 Anfragen und Anregungen

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

In Abstimmung mit der sich in einem Verkehrsstau befindlichen Vorsitzenden **Kreistagsabgeordneten Riedel-Kielhorn** (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet) eröffnet der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Einwohner und Einwohnerinnen sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung.

## 2 . **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**KTA Mittal** beantragt eine Umstellung der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt 12 soll als Tagesordnungspunkt 7 vorgezogen und alle nachfolgenden entsprechend verschoben werden. Sie regt an, zur Entlastung der beteiligten Personen, Vorträge bzw. Präsentationen generell auf den Beginn von Sitzungen zu legen.

Der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass die Tagesordnung durch Vorziehen des Tagesordnungspunktes 12 als Tagesordnungspunkt 7 mit entsprechender Verschiebung der nachfolgenden Nummerierungen geändert wird..

## 3 . **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.06.2018**

Mit Verweis auf die Anlage 3 zu Tagesordnungspunkt 11 betont **KTA Pifan** ihren Wunsch des gemeinsamen Angebotes von Veranstaltungen für Eltern mit Kindern.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der stellvertretende Vorsitzende **KTA Rauls** über die Genehmigung des Protokolls abstimmen.

### **Beschluss:**

Das Protokoll wird ohne Änderungs- und Ergänzungswünsche bei 2 Enthaltungen genehmigt.

## 4 . **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

Nach Ankunft übernimmt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** ab 17:07 Uhr den Vorsitz. .

## 5 . **Projekt für Aussteigerinnen aus der Prostitution beim Landkreis Peine Vorlage: 2018/334**

**Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** verweist auf die Vorstellung der Projektidee in der letzten Ausschuss-Sitzung und den Wunsch der Politik, für die Umsetzung eines Konzeptes zur Ausstiegsberatung und –begleitung von Prostituierten im Landkreis Peine im Haushaltsjahr 2019 kommunale Haushaltsmittel bereitzustellen. Sie erläutert die in der Beschlussvorlage aufgeführten Kostenansätze, die auch Renovierungskosten für die anzumietende Wohnung enthalten. Es handelt sich um ein ganzheitliches Konzept von Sicherem Wohnen (befristet auf drei Monate), Sicherung des Lebensunterhaltes, Begleitende Beratung, Kontrollen durch die Polizei und festen Ansprechpartnerinnen im Jobcenter, um den Aussteigerinnen aus der Prostitution schnell eine Berufstätigkeit vermitteln zu können.

Bei Leerstand kann die Wohnung bei Bedarf auch für eine Frauenhausbewohnerin ohne Kinder befristet als Übergangswohnung genutzt werden. **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** verweist dabei auf die enge Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit den Ansprechpartnern/innen bei der Polizei, dem Jobcenter, dem Ordnungsamt, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Frauenhaus, die sich dann im Rahmen eines Runden Tisches zu Besprechungen treffen werden. Durch die Zusammenarbeit mit festen Ansprechpartnern/innen im Jobcenter sollen die oftmals aus osteuropäischen Ländern mit eher niedrigen Qualifikationen kommenden Frauen möglichst schnell in einfache Tätigkeiten, z.B. bei Reinigungsfirmen, vermittelt werden. Abschließend verweist **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** auf den geplanten Flyer, dessen Inhalt der Beschlussvorlage als Muster aus Braunschweig beigefügt ist. Dieser soll von den Mitarbeitern/innen des Gesundheitsamtes, des Ordnungsamtes und der Polizei bei aufsuchender Arbeit verteilt werden, denn viele Prostituierte kennen weder ihre Rechte noch ihre Verpflichtungen, z.B. zur Gesundheitsberatung.

Auf die Frage von **KTA Rubin** zur Sicherstellung der Anonymität verweist **KTA Rauls** auf die Möglichkeit eines Sperrvermerkes beim Einwohnermeldeamt.

Auf Nachfrage von **KTA Busse** zur Plausibilität der aufgeführten Finanzierung führt **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** die Einplanung einer Reserve auf.

**Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** stellt auf Nachfrage von **KTA Hauschke** klar, dass bei Nutzung durch das Frauenhaus die Kosten für den Lebensunterhalt von dort getragen werden. Da bei Leerstand die Miete ohnehin vom Landkreis zu zahlen ist, wird aus pragmatischen Gründen auf eine Erstattung verzichtet.

**KTA Samieske** fragt ebenfalls nach der Sicherstellung der Anonymität, auch bei den Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern des Vermieters. **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** führt die positiven Erfahrungen in anderen Städten insbesondere bei der Kooperation mit der Polizei und den Gesundheitsamt auf. Die von **KTA Samieske** angefragte Bereitstellung der Wohnung in anderen Landkreisen sieht **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** insbesondere hinsichtlich der notwendigen Fremdfinanzierung als problematisch an. Generell ist anzustreben, dass diese Frauen an ihrem Wohnort nicht auffallen. Schließlich möchte **KTA Samieske** wissen, ob unter Genderaspekten das Angebot auch für Männer vorzuhalten ist. **Frau Tödter** macht deutlich, dass Prostitution zu über 90% ein Frauenthema ist und „Stricher“ oder „Callboys“ doch eher die Minderheit seien, besonders im ländlichen Raum. **Fachdienstleitung (FDL) Frau Dr. Arnold** entgegnet, dass in der eineinhalbjährigen Beratungserfahrung des Gesundheitsamtes bisher kein Mann betroffen war. Bei Bedarf kann aber flexibel reagiert werden.

Auf Nachfrage von **KTA Pifan** bestätigt **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter**, dass der Flyer auch in osteuropäischen Sprachen angeboten werden soll.

**Bürgervertreterin Schlaugat** fragt nach der Gesamtzahl der Prostituierten im Landkreis Peine. **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** erläutert die Problematik der unvollständigen Einzelanmeldungen. Aufgrund einer Umfrage gibt es 9 Anträge für Prostitutionsbetriebe.

**FDL Frau Dr. Arnold** ergänzt, dass die gesundheitliche Beratung des Gesundheitsamtes derzeit bei 31 Prostituierten liegt.

**KTA Rauls** erwartet angesichts der geringen Szene im Landkreis Peine eine angemessene Diskretion.

Nachdem **KTA Meyermann** die gute Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus begrüßt, lässt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** über die Beschlussvorlage abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

Für die Umsetzung des Konzepts zur Ausstiegsberatung und- begleitung von Prostituierten im Landkreis Peine wird im Budget ab 2019 zusätzlich zu den von Land Niedersachsen finanzierten Personalkosten ein Betrag in Höhe von 6.500 € jährlich zur Verfügung gestellt. Einmalig wird für das Haushaltsjahr 2019 eine Summe von 4.315 € bereit gestellt, um die Erstausrüstung der Belegwohnung sowie ein Infoblatt zu finanzieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## **6 . Aufgabenfelder der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Peine (KAG) - Präsentation der Wohlfahrtsverbände**

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung der Geschäfts- bzw. Bereichsführungen Frau Einhaus (AWO Schuldnerberatung), Herr Nolte (Caritas) sowie Frau Lonnenmann und Herrn Niederreiter (DRK) freut sich das **sonstige Ausschussmitglied Herr Böning** (Diakonie) nach acht Jahren erneut das umfangreiche Aufgabenspektrum der vom Landkreis Peine bezuschussten gemeinnützigen Kreisarbeitsgemeinschaft vorstellen zu dürfen. Anhand der als Tischvorlage verteilten Präsentation geht er auf die in engem Dialog mit der Politik und Verwaltung abgestimmten Ziele und Aufgaben zur Verbesserung der Lebenslagen von Menschen im Landkreis Peine ein. Bei den Zahlen zur sozialen Wirklichkeit verweist er auf die hohen Zahlen bei den Arbeitslosen unter 25 Jahre sowie den Schulabgängern ohne Abschluss. Die KAG möchte sich in Notlagen für den Menschen stark machen. Die allgemeine Lebens- und Sozialberatung als Grunddienst der Verbände der freien Wohlfahrtspflege beschreibt **Herr Böning** als Hausarztfunktion, die mit diversen Beratungsformen zusammenarbeitet.

Nach Benennung der Kernaufgaben stellt er die Schwerpunkte der Arbeit des Diakonischen Werkes in Peine dar. Zum internationalen Café INCA führt er aus, dass das Angebot auch von Nicht-Flüchtlingen wahrgenommen wird und sich jeden Freitagnachmittag bis zu 80 Personen austauschen.

Bei der Vorstellung der Aufgabenschwerpunkte des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt betont **Frau Einhaus** den Umfang der Schuldner- und Insolvenzberatung sowie die starke Zunahme bei der Haushaltshilfenvermittlung.

**Herr Nolte** verweist bei seiner Vorstellung der Schwerpunkte der Arbeit des Caritasverbandes auf die jeden Donnerstag aufgrund des starken Andrangs bei der offenen Sprechstunde anfallenden Wartezeiten und die Engpässe bei der Migrationserstberatung. Er betrachtet die Landkreisförderung als wichtigen Betrag zum sozialen Frieden.

Abschließend stellt **Herr Böning** für die nicht anwesende Frau Horrmann-Brandt den Paritätischen Wohlfahrtsverband Peine als Dachverband für über 20 Mitgliedsorganisationen vor.

Die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** bedankt sich für die Darstellung der vielfältigen Ziele und Aufgaben.

**7 . Kindergesundheitsbericht 2017**  
**- Schuleingangsuntersuchungen**  
**- Entwicklungsdiagnostik im Kindergarten**  
**- Arbeitskreis Jugendzahnpflege**  
**Vorlage: 2018/336**

**Frau Dr. Meltzow** führt aus, dass aus dem umfangreichen Kindergesundheitsbericht nur die Kernaussagen im Zusammenhang mit den Schuleingangsuntersuchungen vorgestellt werden und die als Anlage beigefügte Präsentation weitere aktuelle Zahlen enthält. In Abstimmung mit den niedersächsischen Meldestellen liegen die Peiner Werte grundsätzlich im Durchschnitt. Die Kernaussagen beziehen sich auf die Bereiche Sozialräume, Bildungsferne, Migrationshintergrund sowie psychische und Verhaltensauffälligkeiten.

Im Jahr 2017 wurden 1300 Einschulungskinder untersucht. **Frau Dr. Kiessling-Klamka** erläutert, dass 61 Prozent ohne Einschränkungen und 19 Prozent mit kleinen Einschränkungen, die grundsätzlich in eine freiwillige Beratung der Eltern bzw. Gespräche mit den Schulen münden, insgesamt eine Quote von 80 Prozent regelschulfähigen Kindern ergeben. Die Auffälligkeiten haben unterschiedliche Ausprägungen.

**Frau Dr. Meltzow** weist bei der Darstellung der Teilnahmen an der Sprachförderung trotz Zunahme des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund auf die mangelnde Sprachkompetenz bei deutschen Schülern hin, die auch in der später abgebildeten Endgrafik zum altersentsprechenden Entwicklungsstand in Korrelation zur Sprachkompetenz als hohe Risikogruppe ersichtlich ist.

Aufgrund ansteigenden teilweise therapiebedürftigen Verhaltensauffälligkeiten, in 2018 bereits in 156 Fällen, gibt es zunehmend Probleme bei Kindergarten- und Schulbesuchen. **Frau Dr. Meltzow** bemängelt die aufgrund von unzureichenden Therapiemöglichkeiten anfallenden langen Wartezeiten.

**KTA Mittal** äußert ihre persönliche Betroffenheit und fragt nach den Gründen für die negative Entwicklung und Ideen für Lösungsansätze. Die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** bittet darum, zunächst die komplette Präsentation abzuwarten.

Bei den therapiebedürftigen Verhaltensauffälligkeiten sind laut **Frau Dr. Kiessling-Klamka** Jungen deutlich stärker betroffen.

Die besseren Werte bei Einschulungen ohne Einschränkungen bei Freizeitaktivitäten lassen auf eine aktive Begleitung der Eltern schließen, zumal beispielsweise der Standort eines Schwimmbades nicht entscheidend ist.

Im Zusammenhang mit dem auf 26 Prozent angestiegenen Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund erklärt **Frau Dr. Kiessling-Klamka**, dass der Anteil des Herkunftslandes Türkei stark rückläufig ist und rd. 76 Prozent aus Krisengebieten kommen.

Bei der Verteilung der Kinder mit Migrationshintergrund ist in den Bezirken mit Werten zwischen 5 und 50 Prozent eine große Varianz vorhanden. Auch bei den empfohlenen Einschulungen nach Bezirken zeigt sich eine sehr heterogene Struktur mit unterschiedlicher Verteilung.

**Frau Dr. Meltzow** stellt bei den abschließenden Kernaussagen der Präsentation klar, dass es sich um ein vielschichtiges Problem handelt. Häufige Ursachen sind zerrüttete Familien und ein niedriger Bildungsstand als Basis für die Erziehung. Wichtig erscheint ihr die aktive Förderung des Bewegungsdrangs der Kinder.

Die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** dankt den beiden Ärztinnen für den Vortrag und äußert ebenfalls ihre persönliche Betroffenheit.

Auf Nachfrage von **KTA Pifan** nach der Anzahl der Kinder mit bis zu drei Jahren Kindergartenbesuch antwortet **Frau Dr. Kiessling-Klamka**, dass aufgrund einer monatlichen Auswertung nur wenige Kinder keinen Kindergarten besuchen und bei einem Besuch bessere Ergebnisse erzielt werden.

**KTA Rubin** fragt nach der Korrelation von deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund zu therapiebedürftigem Verhalten. Da es derzeit noch keine Auswertungen gibt, sagt **Frau Dr. Meltzow** zu, die Anregung aufzunehmen.

Laut **Herrn Böning** ist auch in den Beratungsstellen ein Anstieg bei der Beratung von Kindern zu verzeichnen.

**Frau Dr. Kiessling-Klamka** stellt klar, dass aufgrund des teilweise nicht vorhandenen Therapiebedarfes die Verhaltensauffälligkeit im Sinne von interventionsbedürftigen Kindern zu verstehen ist.

Die **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** betont die Wichtigkeit der Sozialraumbetrachtung. Menschen leben in unterschiedlichen Lebenszielgruppen und separieren sich dadurch von anderen. Viele Kinder leben in der dritten oder vierten Generation im Sozialhilfebezug. Ihnen sind Arbeit und eine feste Struktur nicht mehr bekannt. Sie haben kaum positive Vorbilder. Hier gilt es, die sozialpädagogische Begleitung zu intensivieren.

Laut **BV Schlaugat** handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, was auch die steigende Anzahl an Burn Out-Fällen bei Erwachsenen verdeutlicht. Sie fragt, welche Forderungen aus ärztlicher Sicht bestehen, um Kinder aus bildungsfernen Familien zu fördern.

**Frau Dr. Meltzow** bedauert zunächst den fehlenden Einfluss auf die medizinische Versorgung durch die Krankenkassen. Als positives Beispiel nennt sie Kindergärten

mit Integrationsplätzen für körperliche oder seelische Behinderungen mit heilpädagogischer Begleitung. **Frau Dr. Kiessling-Klamka** ergänzt, dass es für die Stadt Peine eine Warteliste von zehn Kindern gibt. Für sie ist auch der Einsatz eines Kinder- und Jugendpsychiaters denkbar.

**KTA Möhle** kritisiert mit Hinweis auf die regelmäßig vorgestellten Jahresergebnisse, dass die Stadt Peine den Aufschlag des Landkreises Peine zur Bereitstellung personeller Ressourcen in den Kindertagesstätten abgelehnt hat. Angesichts der hohen Auswirkungen, bis hin zu steigenden Inobhutnahmen, ist eine Abstimmung notwendig.

**KTA Samieske** verweist auf den Kreishaushalt 2019 und regt an, die geplanten Stellenstreichungen für den Bereich der Sprachförderung bzw. eine pädagogische Betreuung umzuwidmen.

**Dezernatsleiter (DezLtr, -lt. FD 12 bei der Polizei üblich) 3 Herr Dr. Buhmann** stellt mit Bezug auf die Sozialräume klar, dass sich bei einem Kindergartenbesuch in der Stadt Peine schlechtere Chancen als in der Gemeinde ergeben und sich diese auch beim Schulbesuch forstsetzen.

Er verdeutlicht am Beispiel der Rüdli-Schule in Berlin-Neukölln, dass durch ein engagiertes Kollegium und die Bereitstellung entsprechender Personalressourcen eine Entwicklung vom Problemfall hin zur Vorzeigeschule möglich ist. Bei den inhomogenen Gruppen bedarf es mindestens einer dritten Betreuungskraft und einer sozialpädagogischen Fachkraft für den Kontakt zu den Eltern.

Der Bildungsgrad ergibt sich nicht aus einem Migrationshintergrund, sondern durch das Elternhaus.

Bei diesem schwierigen Weg bietet **DezLtr 3 Herr Dr. Buhmann** der Stadt Peine das Gespräch an.

Bezüglich der psychischen Belastungen sieht er ebenfalls ein gesellschaftliches Problem, da bereits 4-jährige Kinder auf psychische Behandlung angewiesen sind.

Das Problem kann nur aus einem Mix an Mitteln und in intensiver Zusammenarbeit gelöst werden.

**DezLtr 3 Herr Dr. Buhmann** bedauert, dass trotz erheblicher Kostensteigerungen im Bereich der psychologischen Belastungen die Menschen nicht erreicht werden.

**KTA Samieske** betont angesichts der Altersentwicklung der Kinder die Wichtigkeit einer frühzeitigen Sprachförderung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2018/336 Kenntnis genommen hat.

**8 . Produktbericht Stand 30. Juni 2018 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Fachbereichsleitung 3  
Vorlage: 2018/327**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2018/327 Kenntnis genommen hat.

**9 . Produktbericht Stand 30.06.2018 für das Budget "Gleichstellungsbeauftragte" (Referat 3)  
Vorlage: 2018/328**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2018/328 Kenntnis genommen hat.

**10 . Sachstandsbericht zur Personalsituation in der Pflegeberatung des Senioren- und Pflegestützpunktes (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion)  
Vorlage: 2018/333**

**KTA Mittal** verweist auf den bei der Vorstellung des Pflegestützpunktes in der letzten Ausschusssitzung aufgezeigten Anstieg insbesondere bei komplexen Beratungsterminen. Auch die Sachdarstellung in der Informationsvorlage verweist auf die langen Wartezeiten von durchschnittlich 16 Tagen sowie die erheblichen Einsparungen bei der stationären Hilfe zur Pflege. Der zusätzliche Personalbedarf in der Pflegeberatung von 0,75 Stellenanteilen wird umfassend begründet.

Die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** ergänzt, dass nach dem vorletzten Absatz der Sachdarstellung die Rahmenvereinbarung zwischen den Pflegekassen und den kommunalen Spitzenverbänden noch in 2018 neu verhandelt werden soll und absehbar eine Erhöhung des Beitrages der Pflegekassen in Aussicht gestellt wird.

**DezLtr 3 Herr Dr. Buhmann** stellt klar, dass es sich nur um einen Sachstandsbericht handelt. Für eine konkrete Stellenmehrung ist ein separater Antrag der CDU-Fraktion erforderlich.

**KTA Möhle** weist darauf hin, dass eine Beratung in der SPD-Fraktion auch zu der Finanzierung erst nach einer entsprechenden Antragstellung erfolgen kann.

**FDL Herr Schröter** stellt bezüglich der Kostenauswirkungen für den Landkreis eine gemeinsam mit der Pflegeberatung aufgestellte Wirtschaftlichkeitsberechnung vor. Nach Durchsicht der monatlichen Beratungen sind in rund 185 Fällen potenzielle Pflegeheimaufenthalte anzunehmen. Grundsätzlich sind gut 17 Prozent der Pflege-

heimaufenthalte im Rahmen der Sozialhilfe vom Fachdienst Soziales zu zahlen, das wären 32 Fälle. Tatsächlich fallen nach der Beratung des Senioren- und Pflegestützpunktes nur 3 kostenpflichtige Aufenthalte an. Ein Fall der stationären Hilfe zur Pflege kostet monatlich im Durchschnitt rund 500 Euro.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2018/333 Kenntnis genommen hat.

**11 . Angebot von Kursen für junge Eltern (Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland AfD)  
Vorlage: 2018/339**

**KTA Rubin** beantragt die Nichtbefassung mit dem Antrag. Ein Änderungsantrag befindet sich in Vorbereitung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Nichtbefassung mit dem Antrag.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**12 . Blutspenden im Landkreis Peine - Einrichtung eines Blutspendetages für die Mitarbeitenden des Landkreises Peine und die gewählten Kommunalpolitiker/innen (Anfrage und Antrag der Fraktion der Alternative für Deutschland AfD)  
Vorlage: 2018/340**

**KTA Rubin** bedankt sich für die detaillierte Sachdarstellung und geht davon aus, dass die Versorgungssituation im Klinikum Peine mit der Anzahl der Operationen zusammenhängt. Aufgrund der getrennten Anfrage zu den Blutspenden und dem Antrag zum Blutspendetag bittet er um Aufklärung, ob zusätzlich zur vorliegenden Informationsvorlage eine separate Beschlussvorlage erforderlich ist.

**DezLtr 3 Herr Dr. Buhmann** verweist auf die Sachdarstellung der Informationsvorlage. Neben der Werbung für Blutspenden auch im Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Verwaltungsführung aufgrund der Anregung der AfD-Fraktion wird unter Berücksichtigung der aufgeführten organisatorischen Abläufe und Fragen zur Arbeitszeitregelung geprüft, ob ein Blutspendetag initiiert werden kann. Nach Abschluss der Prüfungen wird eine Beschlussvorlage erstellt und dem Ausschuss zur Abstimmung vorgelegt, so dass kein weiterer Antrag erforderlich ist.

Laut **FDL Frau Dr. Arnold** liegt die Vorbereitungszeit des DRK-Blutspendedienstes bei einem Vierteljahr.

**KTA Hänsel** betrachtet die angebotenen offiziellen Blutspendetermine in den Kommunen als ausreichend. Aus eigener Erfahrung schlafen eigene Aktionen schnell ein.

**FDL Frau Dr. Arnold** ergänzt, dass im Landkreis Peine alle drei Tage ein öffentlicher Blutspendetermin angeboten wird. Bei besonderen Aktionen zum Beispiel während der Arbeitszeit werden laut Auskunft des DRK aber verstärkt Erstspender beworben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage Nr. 2018/340 Kenntnis genommen hat.

### 13 . Informationen der Verwaltung

Auf die Frage von **DezLtr 3 Herr Dr. Buhmann** hinsichtlich der gewünschten Überlieferungsform der Haushaltsunterlagen und Stellenpläne entgegnet die angesprochenen Bürgervertreter, dass Sie sich bereits für die digitale Variante entschieden haben.

Die **Gleichstellungsbeauftragte Frau Tödter** verweist auf die Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten vom 16. bis 18. September 2018 in Karlsruhe. Dort haben 400 Gleichstellungsbeauftragte für mehr Gleichberechtigung von Frauen vor dem Bundesverfassungsgericht demonstriert, u. a. für mehr Prävention und Schutz vor Gewalt gegen Frauen im Rahmen der Istanbul Konvention und für ein Paritee Gesetz für mehr Frauen in den politischen Parlamenten. In diesem Zusammenhang verweist **Frau Tödter** auf den Anteil der Frauen im Ilseder Rat von unter 10 Prozent. Im Rahmen des Mentoring für mehr Frauen in die Politik 2019 wird sich die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Ilsede, Frau Julia Kögler, in Kooperation mit Frau Tödter dem Thema widmen.

**FDL Sommer** verweist auf die diversen Änderungsanträge zum Referentenentwurf des Teilhabechancengesetzes. Soweit aussagekräftige Konkretisierungen vorliegen, erfolgt eine Vorstellung in der nächsten Beiratssitzung.

### 14 . Anfragen und Anregungen

**KTA Meyermann** möchte wissen, ob bei der Untersuchung zu den multiresistenten Keimen auch die Einzelergebnisse verfügbar sind.

**FDL Frau Dr. Arnold** erläutert, dass die Untersuchung nicht vom Niedersächsischen Landesgesundheitsamt (NLGA) durchgeführt wurde. Das Niedersächsische Umweltministerium hat Herrn Professor Exner aus Bonn beauftragt, der die Untersuchungen

im Rahmen seiner laufenden Studie zum HYREKA Projekt vorgenommen hat. Nachdem nun ein wesentlicher Teil der Untersuchungen abgeschlossen ist, fand am 20. September 2018 eine Teilvorstellung der Ergebnisse durch das Umweltministerium statt. Bisher liegt kein Abschlussbericht der Studie vor. Details hierzu, also möglicherweise Messwerte und Methodik usw., werden dem NLGA erst dann zugänglich sein. Der Abschlussbericht bleibt daher abzuwarten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende **KTA Riedel-Kielhorn** um 19:21 Uhr die Sitzung.

---

Miriam Riedel-Kielhorn  
Ausschussvorsitz

---

Dr. Detlef Buhmann  
Kreissozialrat

---

Frank König  
Protokollführung